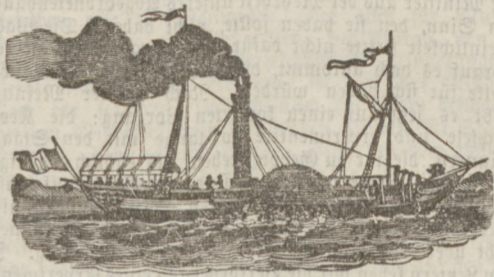


Danziger Dampfboot.

№ 153.

Dienstag, den 4. Juli.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Ketemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Büreau. In Leipzig: Illgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau. In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Montag 3. Juli.

Der „Hamburger Correspondent“ meldet: Die Kopenhagener Prisen-Kommission hat ihre Geschäfte beendet. Die deutschen Rheder, deren Schiffe aufgebracht worden sind, erhalten Ersatz für den Werth der verlorenen Schiffe, sowie für die sonstigen Schäden und Auslagen; außerdem wird für den durch Entbehrung ihres Eigenthums von der Regierung bis zum Tage der Auszahlung (1. Juli) ihnen entgangenen Gewinn eine Vergütung ertheilt, die 15 pCt. von dem Werthe, auf den das verlorene Schiff geschätzt wird, beträgt.

Wien, Montag 3. Juli.

Von der morgen zu erwartenden Rückkehr des Kaisers wird die Beschleunigung der Ministerkrise gehofft. Dem Vernehmen nach redigirt Belcredi ein neues Regierungs-Programm, welches, indem es jede Reaction ausschließt, eine Reform der Verfassung auf gesetzlichem Wege involvirt, für Ungarn die Rechtskontinuität, sowie die Integrität des Landes und die Parität in der gemeinsamen Reichsvertretung mit dem Rechte der Zustimmung verheißt. Die Reichsvertretung soll von dem engern Reichsrathe und den Landtagen jenseits der Leitha gewählt werden, ferner werden Selbstverwaltung, liberale Rechteinrichtungen und Förderung der materiellen Interessen zugesichert.

Bern, Montag 3. Juli.

Seute wurde die Bundesversammlung eröffnet. Zum Präsidenten des Nationalraths ist Planta aus Graubünden, zum Vicepräsidenten Niggeler aus Bern, zum Präsidenten des Ständeraths Rüttimann aus Zürich, zum Vicepräsidenten Waelti aus Aargau gewählt worden. Das Freischießen in Schaffhausen ist stark besucht.

Zur Geschichte der Gegenwart.

II.

Seit der Schlacht bei Belle-Alliance ist der Friede Europa's im Großen und Ganzen nicht erschüttert worden. Die Kämpfe, welche zwischen einzelnen Nationen vorkamen, wurden localisirt. Wie hart, blutig und mörderisch sie auch geführt wurden und wie tief auch das Elend, der Jammer und die Noth an Ort und Stelle in ihrem Gefolge waren: das Herz des europäischen Völkerlebens haben sie nicht verwundet, den Gang der inneren geistigen Entwicklung desselben nicht aufgehalten. Diese ist vielmehr auf verschiedenen Gebieten zu einer Blüthe gelangt, der sich frühere Geschlechter nicht zu erfreuen hatten. Fast in allen Zweigen der Wissenschaft sind in der Zeit des fünfzigjährigen Friedens große Fortschritte gemacht worden. Die Wissenschaft der Wissenschaften, die Philosophie, ging nachdem sie von den Heroen des deutschen Geistes einen neuen Lebensodem empfangen, leuchtend voran und wirkte anregend, belebend und befruchtend auf alle Zweige des menschlichen Wissens. Ihre Tochter, die Naturwissenschaft, ist durch ihre anregende Kraft zu einer solchen Bedeutung für das praktische Leben angewachsen, daß man über die Tochter sogar die Mutter vergessen. Es kann dies allerdings nicht zu sehr Wunder nehmen. Denn Sebermann hat Gelegenheit, sich durch die eigene Anschauung von den praktischen Resultaten der Naturwissenschaft, die das menschliche Leben erleichtern und verschönern, zu überzeugen und selbst ihre Wohlthat zu empfinden. Mit den durch die Fortschritte der Wissenschaft herbeigeführten Erfindungen und Entdeckungen hat sich auch der Wohlstand gemehrt und ist die Erde zu einem

angenehmeren Wohnplatze für Viele geworden. In der That dürfen wir die Jubelfeier der Schlacht von Belle-Alliance, welche wir im letzten Monat gefeiert, als eine der schönsten Blüthenkronen des Culturlebens, welche der Sonne eines fünfzigjährigen Friedens ihr Dasein verdankt, betrachten. Man könnte diese Blüthe füglich auch eine Bürgerkrone nennen. Denn das Resultat der fünfzigjährigen friedlichen Entwicklung ist eine seltene Blüthe des Bürgerthums. Dieser Umstand aber gerade ist es, welcher unsere Gegenwart zu einem heißen Kampfe erregt — allerdings nicht zu einem Kampfe mit Waffen, sondern zu einem Kampfe der Geister unter einander. Das schnelle Emporkommen des Bürgerstandes, seine Intelligenz und seine praktische Lebensweisheit erfüllen den Adel nicht nur mit Neid, sondern auch mit Furcht, indem er Angriffe auf seine Existenz erwartet. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, in wie weit diese Furcht berechtigt ist; wir haben es augenblicklich nur mit den Wirkungen dieser Furcht zu thun. — Diese Wirkungen zeigen sich in den Agitationen des Adels gegen das Bürgerthum. Daß die Gegenwirkung nicht ausbleiben kann, ist natürlich. So sehen wir denn, daß auch das Bürgerthum in einer lebhaften Agitation gegen den Adel begriffen ist. Der Kampf des Bürgerthums mit dem Adel ist der große Inhalt der Geschichte unserer Gegenwart. Seit der spanischen Städterevolution ist er mit einer gleichen geistigen Schärfe und mit einem so blutigen Ausgange in Europa nicht geführt worden. Nur jenseits des Oceans hat er so blutig gewüthet, wie nie zuvor. Indessen hat dort das Bürgerthum, der Geist des Fortschritts und der Humanität, gestiegt über die mittelalterlichen Fragen, die sich aus dem altersschwachen Europa in die neue Welt verirrten hatten, um schließlich die ihnen gebührende blutige Züchtigung zu empfangen. In Europa wird dieser Kampf nicht durch gezogene Kanonen, nicht durch Spitzkugeln, Panzerschiffe und Bajonette auf Barrikaden oder auf Schlachtfeldern ausgefochten werden; er wird vielmehr durch die Waffen des Geistes seine Erledigung finden. Das Schwert des Cäsarismus, zu welchem der feudale Adel noch immer wie zu einem Gott die Hände betend empor streckt, ist mit der Schlacht von Belle-Alliance zerbrochen und verloren gegangen. Selbst für den kleinen persönlichen Zwist, welcher noch zuweilen in Duellangelegenheiten die öffentliche Aufmerksamkeit in beklagenswerther Weise auf sich zieht, ist es aus der Kumpelkammer mittelalterlicher Vorurtheile nicht mehr zum Zwecke des Blankpußens und Schärfens in erfolgreicher Weise hervor zu suchen. Möge der siegreiche Erfolg des blutigen Kampfes jenseits des Oceans für das alte Europa in dem großen geistigen Kampfe die Wirkung eines Stahlbades haben, damit die gepriesene Blüthenkrone der Gegenwart zugleich das Samentorn einer großen und inhaltsvollen Zukunft sei.

Berlin, 3. Juli.

Se. Maj. der König befindet sich nach den täglich aus Karlsbad eingehenden Berichten sehr wohl und die Brunnenkur hat den gewünschten Erfolg. Die Vorträge finden regelmäßig statt und folgen darauf Audienzen. Für Se. Maj. sind vom 12. Juli ab die Appartements im k. l. Badeschloße zu Wildbad Gastein gemiethet. Zum ordinirenden Arzte hat Se. Maj. für die Zeit seines Aufenthaltes in Gastein den dortigen Badearzt kais. Rath Dr. Edlen v. Hönigsberg ernannt.

— Se. Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin sind am Sonntag Abends 8 1/2 Uhr aus der Provinz Posen hier eingetroffen. Nach kurzem Aufenthalte haben sie sich nach Potsdam begeben, wo sie etwa 8 Tage im Neuen Palais verweilen und dann nach der Insel Föhr in Schleswig gehen wollen.

— Die Frage der brandenburgischen Erbanprüche ist in der Presse selten ernstlich, mehr als eine Curiosität behandelt worden. Die Nachricht, daß die Kronsyndici sie mit 17 gegen 1 Stimme abgelehnt, ist in der politischen Welt verbreitet, bedarf aber der Aufklärung. Als sie neulich in der Form auftrat, daß die Kronsyndici jene Ansprüche mit allen gegen eine Stimme abgelehnt hätten, wollte das die ministerielle Presse nicht ganz zugeben. Andere officiöse Stimmen meldeten, die Kronsyndici hätten nach der Anerkennung der Souveränitätsrechte Preußens und Oesterreichs mit bekannter Stimmenzahl die anderen Ansprüche nur hypothetisch und subsidiarisch behandelt, die augustinburgischen aber am ungünstigsten. Ist nun sowohl die obige Nachricht als die letzte richtig, müßten die augustinburgischen gar keine Stimme erhalten haben. Anderweitig verlautet wieder, die Frage der augustinburgischen Rechte sei den Kronsyndici gar nicht vorgelegt worden, was mit den officiösen Versionen in Widerspruch zu stehen schien. Eine authentische Aufklärung wird wohl später nicht ausbleiben.

— Im königlichen Telegraphen-Gebäude ist seit Sonnabend Vormittag der Vorsteher des Annahme-Bureauz Herr Bl. verschwunden, und mit ihm eine Summe von circa 13,000 Thlr. Derselbe war am Vormittag dieses Tages, wie gewöhnlich am 1. jedes Monats zur Empfangnahme der Gehälter für die Telegraphen-Beamten mit zwei Boten, die das Silbergeld zu tragen hatten, nach der königlichen Post-Haupt-Kasse gegangen, und hatte die beiden Boten durch Aufträge von sich zu entfernen gewußt. Bis jetzt soll der Flüchtige noch nicht ermittelt worden sein. (Nat.-Ztg.)

Breslau, 1. Juli. Auf dem Bau der Michaeliskirche brach gestern Abend ein Gerüst in bedeutender Höhe (4 bis 5 Stockwerk) und acht auf demselben befindliche Personen stürzten in den Kirchraum. Ein Mauerer blieb auf der Stelle todt, ein zweiter brach beide Arme, die andern zogen sich mehr oder weniger gefährliche Verletzungen und Verwundungen zu. Unter die letzteren gehört der gerade auf dem Gerüst anwesende Baumeister Langner, der besonders starke Verletzungen des Hinterkopfes erlitt, und der Zimmermeister Sähning, welcher in der verfloßenen Nacht seinen Leiden erlag.

— Am 29. Juni verstarb in Breslau der Reichsgraf Karl Gotthardt Schaffgotsch. Er war daselbst am 29. Mai 1794 geboren und der zweite Sohn des ebenfalls in Breslau 1834 verstorbenen Erblandhofmeister und freien Standesherrn auf Rynast, Herrn Reichsgrafen Leopold Gotthardt Schaffgotsch. Nach eben auf der Universität vollendeten Studien trat der Verstorbene 1813 bei den damaligen Garderokaden sammt vielen seiner Standesgenossen ein, machte die Schlacht bei Groß-Görschen mit und trat dann ins Regiment Garde du Corps. Mit seinen Eltern im Jahre 1818 in Karlsbad auf Urlaub, besetzte der junge, selten schöne, geistreiche und liebenswürdige Cavalier die Aufmerksamkeit des auch daselbst die Kur brauchenden Fürsten Hardenberg. Der Graf wurde der Diplomatie incorporirt, zunächst Sekretär in Stockholm, dann in Bern und in München, später um das Jahr 1825 Geschäftsträger in Lissabon,

wiedermum einige Jahre später, nachdem er die Diplomatie längere Zeit verlassen, als Legationsrath und Ministerresident in Florenz, wo seine große Gastfreundschaft weit und breit bekannt war. Das Jahr 1848 gab ihm dem Privatleben wieder, und seit ungefähr 15 Jahren hat er Breslau nicht mehr verlassen. — Vor 8 Monaten succedirte der Entschlafene als Universalerbe seinem um jene Zeit in Nochlitz im Böhmerland verstorbenen ältesten Bruder, dem 2c. Leopold Gotthard Graf Schaffgotsch Exc. Allein Kränklichkeit hinderte ihn bisher, sich an Ort und Stelle seines Besitzes zu erfreuen; er starb, ohne je das schöne Warmbrunn wiedergesehen zu haben.

Wien, 28. Juni. Der Kaiser ist gestern Abends nach Ischl abgereist. Es ist seine Art, wenn ein entscheidender Beschluß gefaßt worden ist, auf einige Tage sich in die Stille zurückzuziehen; so ging er 1859, als die Commation an Sardinien erlassen wurde, auf die Auerhahnjagd. Wenn er zurückkehrt, wird ihm wohl Graf Mensdorff, der provisorisch das Präsidium im Ministerrath übernommen hat, die neue Ministerliste vollständig vorlegen. Vorläufig erschöpft man sich in Combinationen; wer irgend einmal eine politische Rolle gespielt hat, wird auf das Tapet gebracht, sogar Graf Goluchowski, an den hoffentlich Niemand im Ernste denkt. Mehr Raison ist darin, Herrn v. Hübnier auf die Candidatenliste zu setzen, da er es war, welcher im Spätherbst 1859 eine Verständigung mit den Altliberalen Ungarns anzubahnen versuchte. Doch soll er stehen damals durch sein eigenmächtiges Vorgehen die allerhöchste Gunst verschert haben. Die Minister des Krieges und der Marine dürften im Amt verbleiben, nach einer Lesart auch der kroatische Hofkanzler Mazuranic, was immerhin von Wichtigkeit wäre. Denn schon ist das Gerücht im Umlauf, die Hofkanzlerposten für Siebenbürgen und Croatien sollten wieder eingehen. So weit gehende Beschlüsse sind schwerlich überhaupt schon gefaßt worden und die liberale Gesamtpartei würde gut thun, sich durch das Triumphgeschrei der magyaromanischen Blätter nicht zu sehr einschüchtern zu lassen, oder wie leider schon einige ihrer Organe heute thun, die Verfassung kalblütig über Bord zu werfen als ein mißlungenes „Experiment“. Auf jeden Fall wird man den Ungarn mehr entgegenkommen als bisher, aber noch berechtigt nichts zu der Befürchtung, daß die neue Regierung die Verfassung anders als auf verfassungsmäßigem Wege abändern wolle. Wenn die Partisanen des Schmerling'schen Cabinets und die Opposition im Abgeordnetenhause sich jetzt gegenseitig beschuldigen, haben beide Recht und beide Unrecht. Die Auflösung des ungarischen Landtages von 1861 wurde allgemein als eine Nothwendigkeit anerkannt, aber man mußte sich zu einem von den beiden möglichen Wegen entschließen: entweder den Landtag unermüdet wieder zusammenberufen und allmählig die Standpunkte der beiden Verfassungsparteien zu nähern suchen, oder aber sofort nach der Weigerung der Ungarn, den Reichstag zu beschicken, directe Wahlen ausschreiben, die von den Slowaken, den Rumänen, den Serben und einem Theil der Deutschen Ungarns sicher vollzogen worden wären. Statt dessen wurde die Unthätigkeit, das „Warten“ zum politischen System erhoben. Auch damit war das Abgeordnetenhaus Jahre lang ganz einverstanden und als es den Fehler erkannte, arbeitete es mit aller Macht darauf hin, die Stellung des Ministeriums zu erschüttern, ohne zu begreifen, daß es nur politischen Gegnern in die Hände arbeitete. Was die auswärtige Politik betrifft, werden die Freunde des Zusammengehens der beiden Großmächte mit der neuen Wendung wohl zufrieden sein können.

— Die „Presse“ zieht eine Parallele zwischen dem Rücktritt des ersten Staatsministers Grafen Goluchowski und dem des zweiten Herrn von Schmerling und sagt: „Mit dem Rücktritt des Grafen Goluchowski, fiel dem Namen nach das Oktober-Diplom nicht. Mit dem Rücktritt des Herrn von Schmerling fällt dem Namen nach die Februar-Verfassung auch nicht. Beides bleibt, das Oktober-Diplom und die Februar-Verfassung, und doch ist Alles geändert. Zwei Systeme sind hinter einander versucht worden, und haben sich nicht erprobt. Was jetzt beginnen soll, wäre verfrüht, ein neues System zu nennen. Nur ein Anfang soll gemacht werden, ein solches aufzubauen. Die Herren v. Goluchowski und v. Schmerling, so verschieden wie sie waren, hatten doch eine gewisse Aehnlichkeit mit einander. Jeder von ihnen begann damit, einen Plan zu entwerfen für die Konstitution des neuen Oesterreich. Jeder von ihnen zwangte sich selbst und seine künftige Thätigkeit innerhalb gewisser Grenzen ein, und beiden fehlte die Kraft, den Staat in die von ihnen gegoffene Form einzupressen. Der dritte Staatsminister (als welchen sie Graf Belcredi präsumirt) wird wohl durch die Umstände zu einem ganz anderen Verfahren genöthigt sein. Er wird sich selbst keine Fessel anlegen. Er wird seine Arme und Hände freihalten für jede Bewegung, welche die Verhältnisse als räthlich er-

scheinen lassen. Er wird Andere, hier den österreichischen Reichsrath, dort den ungarischen Landtag Systeme für die künftige Bildung des Staates entwerfen lassen, und selbst nur vermittelnd, beratend, unterhandelnd einschreiten, um endlich eine Einheit und einen Einklang herzustellen. Es überrascht uns nicht, daß die oppositionellen Matadore des engeren Reichsraths nicht mit der Bildung eines Ministeriums betraut worden sind. Sie wären, einem konstitutionellen Herkommen gemäß, dazu berufen gewesen, wenn es sich eben darum gehandelt hätte, einen kleinen Theil der Monarchie, anstatt die ganze Monarchie zu regieren. Haben wir einmal einen Reichsrath im wahrsten Sinne des Wortes, der die ganze Monarchie vertritt, so werden wir den Grundtag stets vertreten, daß aus der Mitte seiner Majorität die Minister hervorgehen sollten. Wie er jetzt ist, würde die Wahl der Minister aus der Mehrheit unseres Abgeordnetenhauses den Sinn, den sie haben sollte, nicht haben. Die Wahrscheinlichkeit stütze nicht dafür, daß gerade diese Herren, worauf es doch ankommt, die Mehrheit im österreichischen Volke für sich haben würden. Nach unserer Meinung giebt es jetzt nur einen korrekten Vorgang: die Krone wechselt und experimentire so lange mit den Staatsmännern, die ihr zu Gebote stehen, bis endlich diejenigen sich finden, welche im Stande sind, den Staat auf konstitutionellen Grundlagen zu regieren. Wir frohlocken nicht über den Eintritt des Grafen Belcredi. Wir jammern nicht über den Rücktritt des Herrn v. Schmerling. In dem Letztern sehen wir die Verkörperung eines Experimentes, das fehlgeschlagen ist; in dem andern das Inleben eines neuen Versuches, der vielleicht auch fehlgeschlagen wird, vielleicht aber gelingen kann. Wenn das Alte nicht entspricht, so muß eben das Neue versucht werden. Graf Belcredi gilt allerdings als Tory, wie Herr v. Schmerling als Whig gegolten hat. Aber da der Letztere unserer Idee eines Angehörigen der liberalen Partei nicht gerecht geworden, so wird der Erstere vielleicht der Idee eines widerhaarigen Konservativen ebenso wenig entsprechen. Die jetzigen Minister haben ebenfalls ihren Nachfolgern einen Dienst geleistet. Sie haben es ihnen leicht gemacht, sich auf sehr billige Weise gut zu stellen mit dem liberalen Theile der Nation. Was wir aber besonders bei dem Amtsantritte des Grafen Belcredi wünschen, ist, daß er schneller sein Ziel erreichen möge, als sein Vorgänger. Er mache sich möglich oder unmöglich, aber das Eine oder das Andere in kürzester Zeit. Der Staat und das Volk vermögen nicht zu warten. Wir müssen unsere staatliche Kraft sofort zu organisiren suchen. Kann Graf Belcredi uns nicht in den ersehnten Hafen führen, so ist der nächstgrößte Gefallen, den er dem Staate zu leisten vermag, recht bald Schiffbruch zu leiden. Irgend jemand wird jedenfalls der Versuch gelingen. Damit aber dem Manne des künftigen Erfolges seine Laufbahn ermöglicht werde, so trete derselbe alsbald zurück, ohne zu warten, dem die Götter den Sieg nicht gönnen wollen.“

Paris, 28. Juni. Der günstige Ausfall der Abgeordnetenwahl im Bezirke Puy-de-Dôme hat auf die Regierung einen um so größeren Eindruck gemacht, als die Gemeinderathswahlen im ganzen Lande vor der Thüre stehen. Zudem ist bekannt, daß der Geist der Opposition hauptsächlich durch die Budgetverhandlungen, beziehungsweise durch die Ausführungen von Thiers so mächtig genährt worden ist. Die Rücksicht auf die zunehmende Steuerlast wird daher besonders in den großen Städten, wie die Regierung fürchtet, der Opposition den Sieg erleichtern. Der Minister des Innern ist besonders betroffen durch den Mißerfolg der letzten Wahl. Es werden vom Ministerium nun eine Anzahl Staatsräthe als außerordentliche Inspectoren ausgeschiedt, um einerseits die Amtsführung der Präfecten zu untersuchen und dann überhaupt über die allgemeine Stimmung des Landes hierher zu berichten. Ich höre, Graf Walewski sei dermaßen eingeschüchtert durch die letzten Vorkommnisse, daß er auf den ihm zugeordneten Vorstoß im gesetzgebenden Körper verzichten wolle, um nicht bei der Abgeordnetenwahl die Unannehmlichkeit eines Durchfalls zu erleben.

London, 28. Juni. In St. Helena wurde am 5. Mai der Tod Napoleons mit dem herkömmlichen Ceremoniell gefeiert, als gerade zufällig das erste Bataillon des 66. englischen Regiments mit seinem Stabe aus England eintraf, desselben Regiments, von dem eine Compagnie den Kaiser Napoleon am 5. Mai 1823 zu Grabe geleitet hatte. Das ganze Bataillon trat sofort den Weg nach dem Plage an, wo einst die sterblichen Reste des Kaisers geruht hatten. Seit England Napoleon III. anerkannt hat, wird der Onkel auch Kaiser genannt, nicht mehr wie früher General Bonaparte.

— Heute hielten beide Häuser des Parlaments nur kurze, kaum einstündige Sitzungen, unter äußerst schwacher Betheiligung der Mitglieder, so daß im Unterhause eine volle halbe Stunde verging, ehe die beschlußfähige Anzahl von 40 Mitgliedern anwesend war. Im Oberhause wurden verschiedene Privatbills um ein Stadium befördert. Im Unterhause passirten einige Bills, darunter diejenige über die Reform der von den Geistlichen zu unterzeichnenden Glaubensbeide, die dritte Lesung; in Betreff einiger anderer Bills trat das Haus den Amendements der Lords bei, die Göttschen'sche Bill über die Abschaffung der von den Oxforder Studenten abzuleistenden Glaubensbeide ward zurückgezogen.

Kopenhagen, 27. Juni. Während die Wogen der Wahlbewegung sich nunmehr völlig gelegt haben und eine große politische Stille sie abgelöst, erweckt plötzlich die Nachricht, daß die Civilbehörde in Schleswig der Landesregierung Ordre gegeben hat, daß die nöthigen Maßregeln betreffend die Ständewahlen getroffen werden sollen, hier neue Spannung und Bewegung. Es wird hier nämlich allgemein empfunden, daß die Frage wegen Nordschleswig auf der kommenden Session sich entweder vor den Augen des beobachtenden Europa's zu einer offenen Emporarbeiten müsse, oder aber der jetzt bestehende hier von Tage zu Tage schwerer empfundene Zustand eine fast definitiv zu nennende Besiegelung erhalten wird. Unsere Regierung wird natürlich dieselbe unparteiische und loyale Stellung, welche sie bisher eingenommen hat, bewahren; im Publikum lebt jedoch ein starkes Gefühl, daß die kommende Ständezeit einen Zeitpunkt mit sich führen müsse, wo die obige Frage nothwendig aus einer Frage der Presse und politischer Vereine oder Parteien zur Behandlung Seitens der Diplomaten und der europäischen Cabinetts reif wird, und eben dies Nahen jenes Zeitpunktes setzt die Gemüther in Bewegung. Unwillen erweckt dabei die noch fortgesetzte Discussion einiger Blätter über eine Personalunion, die doch gänzlich müßig ist. Der Gedanke, daß die dänischredenden Abgeordneten nicht nur in Flensburg, sondern auf dem gemeinsamen Ständetage, vielleicht auf deutschem Bundesgebiet erscheinen, auch dazu angethan, rücksichtlich des Ferneren Spannung zu erwecken, besonders wenn sie, wie man hier fürchtet (oder hofft), wegen Zurücksetzung ihrer Sprache und Nationalität vielleicht zur massenhaften Mandatniederlegung gedrängt werden könnten.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Obwohl der zu den Begräbnißfeierlichkeiten des Großfürsten Thronfolgers nach Petersburg gefandten Polnischen Adels-Deputation ihr Gesuch, bei dieser Gelegenheit dem Kaiser eine Loyalitäts-Adresse des Polnischen Adels überreichen zu dürfen, vom Statthalter Graf Berg abgeschlagen war, so hatte sie doch wiederholt Unterredungen mit dem Polnischen Staats-Secretair Platonoff gehabt, in denen sie die russische Regierung der Loyalität und Unterwürfigkeit des Polnischen Adels versichert und dringend ihren Wunsch nach Aenderung der Grundsätze der Bauern-Regulirung zu Gunsten des Adels und nach Aufhebung des Kriegszustandes zu erkennen gab. Von dem Inhalt dieser Unterredungen war der Kaiser durch Platonoff in Kenntniß gesetzt. Die an die Deputation gerichtete Kaiserliche Ansprache läßt daher keinen Zweifel, daß die politische Mission der Deputation gänzlich gescheitert ist. Jeder Zweifel hieran ist völlig gehoben durch die inzwischen erfolgte Rückkehr des Statthalters Grafen Berg nach Warschau. So sagt den Inhalt der Kaiserlichen Ansprache auch der Krakauer „Ezra“ auf, der es bedauert, daß der Kaiser Alexander die ihm durch jene Deputation vom Polnischen Adel dargebotene Hand der Versöhnung zurückgewiesen habe. Auch die ultra- oder sogenannte jung-russische Partei, die durch das Erscheinen der Polnischen Adels-Deputation Anfangs nicht wenig beunruhigt war, weil sie befürchtete, daß der Kaiser durch dieselbe zur Nachgiebigkeit gegen Polen gestimmt werden möchte, verkündet triumphirend das Scheitern der Deputation. Das Organ dieser Partei, die „Moskowskija Wiedomosti“, erklärt diese ganze Deputations-Angelegenheit für eine neue Intrigue des Polnischen Adels, die nur auf Täuschung und Ueberlistung der russischen Regierung berechnet gewesen sei. Dies Blatt, dessen Lösung die russificirung und gänzliche Einverleibung Polens ist, und das selbst in Regierungs-Kreisen großen Einfluß besitzt, weist unter allen Umständen die von den Polen gebotene Hand der Versöhnung zurück und behandelt die Coquetterie der reactionären Polnischen Partei, die sich zu Rußland hinüberneigt, wegwerfend und verächtlich. Es folgert aus dem Scheitern der Deputation, daß die gänzliche „Beruhigung“ Polens durch die Aufhebung der Rechte und Autonomie des Königreichs binnen Kurzem bevorstehe. — Auf der Feldmark der Stadt Kolo im Kreis Könin fand die Polizei Anfangs d. M. auf der Grabstelle mehrerer gefallenen Insurgenten eine Tafel errichtet, welche die Aufschrift trug: „Die hier ruhenden sind den Tod für das Vaterland gestorben.“ Die Tafel wurde sofort entfernt und Nachforschungen nach demjenigen, der sie errichtet hatte, angestellt. Da diese Nachforschungen erfolglos blieben, so wurde der Stadt Kolo eine Contribution von 1000 Rb. auferlegt, die bereits exekutivisch beigetrieben ist. Die Stadt Kolo hat wegen Betheiligung ihrer Einwohner am Aufstande wiederholt Contributionen zahlen müssen und ist dadurch in ihrem Wohlstande sehr heruntergekommen. (Dtsch. Ztg.)

